

Kein Abschluss ohne Anschluss

Höchststand erreicht

Die Demografie beeinflusst den Lehrstellenmarkt stärker als die Konjunkturzyklen der Wirtschaft. Die Anzahl Jugendlicher nimmt ab, die nach der Volksschule eine Lehrstelle antreten.

Worauf hat die Steuerung zu achten?

- Die duale Berufsbildung verliert weiter schulisch gut vorbereitete Jugendliche an den gymnasialen Weg. Denn die Kantone richten tendenziell die Kapazitäten der Mittelschulen zu spät auf kleinere Jahrgänge aus. Die Quote der MittelschülerInnen steigt an, jene der Berufsmaturanden sinkt.
- Wenn es im Kanton Aargau gelänge, die Maturität bereits mit 12 statt erst nach 13 Schuljahren zu erwerben, führte diese Verkürzung zusätzlich zu einer Attraktivitätssteigerung der schulischen Grundbildung auf Kosten der dualen Berufsbildung.

Herausforderungen anpacken

Erste Berufsverbände haben bereits heute Mühe ihre Lehrlinge zu rekrutieren.

- Gehen weniger Bewerbungen auf Lehrstellen ein, müssen Berufsbildner entscheiden, welche Kriterien und Standards sie bei der Auswahl noch einfordern können. Zunehmend gibt es Ausbildungsbetriebe, die ihre Lehrstellen unbesetzt lassen, weil BewerberInnen Mindestanforderungen der Arbeitswelt nicht erfüllen.
- Ausbildungsbetriebe und Berufsfachschulen haben einen erhöhten Aufwand für Betreuung und Trainings mit Berufslernenden zu erbringen, wenn nicht mehr alle Lehrstellenanwärter, die erwünschten Anforderungen mitbringen. Die Heterogenität der Berufslernenden nimmt zu und verlangt zusätzliche Massnahmen im Bereich der Individualisierung.
- Neue Berufsbildungsverordnungen stellen auf Wunsch der Organisationen der Arbeitswelt höhere und erweiterte Anforderungen an die Auszubildenden und ihre Berufsbildner.
- Das Lehrstellenangebot kann nur dann noch besetzt werden, wenn es der Volksschule und den Brückenangeboten gelingt, mehr Jugendliche als bisher für eine Berufslehre zu befähigen.

Handlungsbedarf: Die Begabungsreserven sind besser auszuschöpfen. In den Brückenangeboten der Kantonalen Schule für Berufsbildung trainieren Lernende bewährte Schlüsselqualifikationen der Arbeitswelt wie Zuverlässigkeit, Pünktlichkeit, Leistungsbereitschaft. Lernende entwickeln gezielt ihre berufsspezifischen Stärken. Dank diesem fordernden Intensivtraining schaffen 90% unserer jährlich 900 Lernenden nach einem Jahr doch noch den Einstieg in die berufliche Grundbildung.

Kein Abschluss ohne Anschluss

Volkswirtschaftlich kostet jeder Jugendliche, der keinen Abschluss auf der Sekundarstufe II erlangt, den Sozialstaat im Durchschnitt jährlich 10'000 Fr. Die berufliche Integration aller Jugendlichen muss erhöht werden. Dies bedingt nicht in erster Linie mehr Geld, sondern eine zweckmässigere Nutzung bestehender Mittel und Strukturen.

- Die Zusammenarbeit der involvierten Einrichtungen ist zu intensivieren. Heute gibt es zu viele Player, welche zu wenig Wirkung erzielen.
- Jugendliche, ihre Eltern, Lehrpersonen und Berufsbildner müssen besser kooperieren.
- Abläufe zwischen den Mitarbeitenden der Berufsberatung, des Jugendpsychologischen Dienstes, der Sozialdienste, der Arbeitslosen- und der Invalidenversicherung und den Brückenangeboten sind zu standardisieren. Aufgaben, Verantwortung und Kompetenzen sind klar zuzuordnen, damit mehr Jugendliche erfolgreich in eine Berufslehre integriert werden können und die Lehrabbruchquote sinkt.

Konrad Schneider, Standortleiter Baden, Kantonale Schule für Berufsbildung



Anliegen der ABB Technikerschule als Höhere Fachschule HF

In den vergangenen Jahren wurde im Bereiche der Hochschule und Fachhochschulen international ein markanter Fortschritt erreicht in Bezug auf die gegenseitige Anerkennung von Ausbildungsgängen und Titeln bzw. Diplomen. Mit der Modul-Struktur der Bildungsgänge ist auf der Hochschulebene die Vergleichbarkeit weitgehend gegeben. Auch die Schweiz hat sich an diesen Harmonisierungsprozessen aktiv beteiligt. Die Schweizer Hochschulen sind in diesem System integriert und Studierende an Schweizer Hochschulen geniessen eine weitgehende Freizügigkeit in Bezug auf Studiensemester an ausländischen Hochschulen und auch in Bezug auf die internationale Anerkennung ihrer Abschlüsse.

Im Bereich der Höheren Fachschulen ist die Situation weit weniger fortgeschritten. Obwohl die Höheren Fachschulen Bestandteil der tertiären Bildungsstufe sind, werden sie in der Schweiz der Berufsbildung zugeordnet. Damit ergibt sich punkto politischer Interessensvertretung als auch punkto finanzieller Unterstützung eine klare Differenz zu den Hochschulen. Im internationalen Vergleich ist der Stand der Höheren Fachschulen noch schwieriger. Da diese auf dem dualen Berufsbildungsmodell basieren, sind nur Länder, die ebenfalls das duale System kennen, von der gleichen Problematik betroffen bzw. als Partner für Verbesserungsmaßnahmen verfügbar. Länder, die nur die akademische Berufsbildung einerseits und die Anlehre (learning by doing; learning on the job) andererseits kennen, haben teilweise Verständnisschwierigkeiten für die HF Stufe. Andererseits ist bis anhin auch die Zusammenarbeit der Länder, die mit dem dualen System gute Erfahrungen gemacht haben, nicht allzu intensiv gewesen. Auch unter Ländern wie Deutschland, Österreich und der Schweiz sind Fragen der Koordination und Anerkennung auf Stufe HF bisher kaum angegangen worden.

Die ABB Technikerschule setzt sich aktiv für eine intensivere Zusammenarbeit aller Länder ein, die das duale Berufsbildungssystem und die Stufe HF kennen. Ziel ist die gegenseitige Vergleichbarkeit von Bildungsgängen und die Anerkennung von Abschlüssen analog den Vereinbarungen auf der Hochschulebene.

Innerhalb der Schweiz bestehen wie bereits erwähnt Unterschiede in den rechtlichen Grundlagen für die Hochschulen einerseits und die Höheren Fachschulen andererseits. Obwohl vom gesamtwirtschaftlichen Nutzen her die Absolventen von Höheren Fachschulen durchaus gleichwertige Beiträge leisten wie Hochschulabsolventen, gibt es klare Unterschiede im Image, in der dahinter stehenden Lobby und insbesondere in Bezug auf die verfügbaren Mittel. Insbesondere die berufsbegleitenden Höheren Fachschulen zeigen einen sehr hohen volkswirtschaftlichen Nutzen. Dieser kommt einerseits zustande durch die Arbeitstätigkeit der Studierenden von i.R. ca. 80% (Beiträge zu Unternehmenserfolg, Steuern, Konsum etc.) und andererseits durch die vergleichsweise tiefen Subventionen an die HF in Relation zu den FH/Hochschulen.

Die ABB-TS setzt sich ein für eine horizontale Durchlässigkeit und Gleichbehandlung, d.h. die verschiedenen Höheren Fachschulen sollten auf einer vergleichbaren Finanzierung basieren. Die vertikale Durchlässigkeit ist aber ebenso ein wichtiges Anliegen. Dies bedeutet, dass die Differenzen in den Finanzierungen zwischen Höheren Fachschulen und Hochschulen mittelfristig ausgeglichen werden müssen. Mittelfristig ist ein eigenständiges Gesetz für die Höheren Fachschulen, analog zu den Fachhochschulen, anzustreben.

Duale Berufsbildung als Schlüssel zu einer wettbewerbsfähigen Schweiz

Die Verstärkung des nationalen Wettbewerbs sowie die demographisch bedingten Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur haben erhebliche Auswirkungen auf die Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft. Bereits jetzt gibt es in vielen Kantonen Anzeichen eines Fachkräftemangels. Die Sicherung eines qualifizierten Nachwuchses stellt jedoch für die gesamte Schweiz eine Herausforderung der Zukunft dar. Denn sie ist die wesentliche Voraussetzung für die Erhaltung der Innovationsfähigkeit und die Förderung von Wachstum und Beschäftigung in jedem Kanton.

Eine der besten Voraussetzungen dafür ist eine fundierte berufliche Ausbildung. Rasche Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft, in Technik und in Arbeitsprozessen erfordern eine kontinuierliche Anpassung der Qualifikationen und Kompetenzen, um Beschäftigungsfähigkeit auf Dauer erhalten zu können. Angesichts der demographischen Entwicklung wird dies noch weiter an Bedeutung gewinnen und eine verstärkte Nutzung der vielfältigen Formen des lebenslangen Lernens einschliesslich des Lernens bei der Arbeit erfordern.

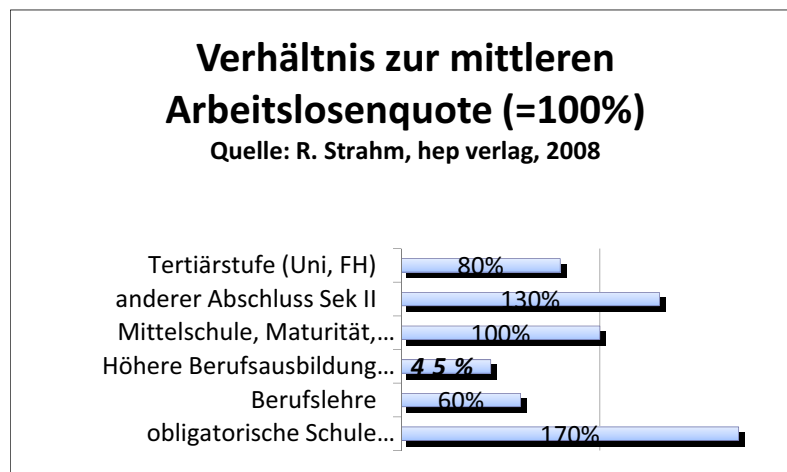
Damit sich die gesellschaftsintegrativen Stärken des beruflichen Lernens sowie die notwendige Praxisorientierung in unseren Berufsbildungssystemen weiterentwickeln, unterstützen wir berufsbildungspolitische Initiativen, die folgende Ziele anstreben:

- ein attraktives Angebot an hochwertigen Ausbildungsgängen schaffen oder ausbauen
- die Schulabgänger besser auf das Berufsleben vorbereiten und damit ihre Einsatzmöglichkeiten in der Arbeitswelt erhöhen
- Berufsausbildung betriebsnah organisieren
- Ziele und Methoden der Berufsausbildung mit den Anforderungen der Arbeitswelt in Einklang bringen
- Berufsausbildungssysteme so ausrichten, dass sie festgelegte Mindeststandards der Berufs- und Arbeitswelt erfüllen und damit zukunftsfähige Beschäftigungsperspektiven eröffnen

Dual organisierte Ausbildungssysteme weisen bezüglich dieser Ziele besondere Stärken auf. Im Gegensatz zu ausschliesslich schulisch organisierten Formen der Berufsausbildung zeichnet sie die Praxisnähe aus: Die Berufsausbildung findet in den dual organisierten Systemen in realen Arbeitssituationen und lebensechten sozialen Strukturen statt. Somit zielt sie auf die Förderung arbeitsmarktverwertbarer beruflicher Handlungskompetenz.

Kosten für die (höhere) Berufsbildung versus Kosten von Ausbildungen an Fachhochschulen / Universitäten

Das 2008 erschiene Buch von Rudolf H. Strahm mit dem Titel „*Warum wir so reich sind*“ zeigt die direkte Abhängigkeit von Arbeitslosigkeit, bzw. Beschäftigungsfähigkeit mit der Berufsbildung auf. Berufsbildung ist die beste soziale Absicherung.



So sind Beschäftigte mit einer Berufslehre am wenigsten von Arbeitslosigkeit betroffen (vgl. Grafik). Wenn Berufslehre- Absolventen nach ihrer Erstausbildung noch eine Höhere Fachschule (HF) absolvieren, sind sie i.d.R. sogar 55% weniger von Arbeitslosigkeit betroffen als die Erwerbsbevölkerung im Durchschnitt.

Gegen diesen Hintergrund erscheinen Forderungen nach einer Anhebung der

Maturitätsquote (Akademisierung) zweifelhaft.

Auch aus finanzieller Sicht besteht eine grosse Kluft:

- So bezahlen Absolventen eines eidg. Fachausweises oder eines Diploms (höhere Fachprüfung) sämtliche Ausbildungskosten selbst.
- Im Kanton AG betragen an der Fachhochschulnordwestschweiz FHNW die Studiengebühren für den Bachelor- Abschluss Betriebsökonom FH (Tertiärstufe 3a) Fr. 700.- pro Semester. An kaufmännischen Berufsschulen oder bei privaten Anbietern kosten die Semestergebühren für den entsprechenden Abschluss (Tertiär 3b) als „dipl. Betriebswirtschaftler HF“ (Höhere Fachschule für Wirtschaft) zwischen Fr. 3'200.- und 3'600.- (Der Kanton AG subventioniert die HFW seit kurzem zwar mit Fr. 1890.- pro Student im Semester. Aber die Differenz zur Subventionierung an der FH ist immer noch enorm, zahlen doch Studierende mit entsprechendem Abschluss an einer höheren Fachschule zwischen vier und fünf Mal mehr als an einer Fachhochschule.

Absehbare demographische Entwicklungen

In den nächsten Jahren wird es aus demographischen Gründen weniger Berufslernende geben; es besteht die Gefahr, dass sogar nicht mehr alle Lehrstellen besetzt werden können. Wenn noch mehr gute potenzielle Berufslernende in die Mittelschule gehen, bzw. die Akademisierung noch mehr gefördert wird, gefährden wir damit längerfristig ernsthaft den Wohlstand der Schweiz. Zudem wird die volkswirtschaftlich nicht gerechtfertigte finanzielle Mittelverteilung noch mehr in Richtung Akademisierung eingesetzt, zu Ungunsten der Berufsbildung.

ZUKUNFTSPLANUNG IN DER BILDUNGSPOLITIK



Ihre berufliche Entwicklung ist unsere Vision.

Die Beratungsdienste für Ausbildung und Beruf Aargau (BDAG) erbringen im Auftrag des Kantons an sechs Standorten Leistungen in der Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung, in der jugendpsychologischen Beratung an der Sekundarstufe II und in der Lehrpersonenberatung. Die BDAG sind 2006 aus dem Zusammenschluss öffentlichrechtlicher Organisationen und kantonaler Verwaltungseinheiten entstanden. Die Steuerung erfolgt auf der Basis gesetzlicher Grundlagen über Rahmen- und Leistungsverträge. Das privatrechtlich organisierte Unternehmen zählt 2009 rund 110 Mitarbeitende und erzielt ca. CHF 13 Mio. Umsatz. Jedes Jahr besuchen rund 38'000 Personen ein Info-Zentrum, werden für über 11'000 Kundinnen und Kunden persönliche Beratungen durchgeführt und ca. 900 Veranstaltungen organisiert.

Wer seinen (und anderer) Lebensunterhalt heute und/oder in Zukunft selber verdienen will, ist gefordert, seine Ressourcen und Interessen auf sich wandelnde Bildungs- und Arbeitsmarktsysteme abzustimmen, um sich damit bildungs- und arbeitsmarktfähig zu machen bzw. zu halten. Die BDAG unterstützen Menschen, sich in den vorgegebenen Bildungs-, Wirtschafts-, Gesundheits- und Sozialsystemen besser als vorher zurechtzufinden. Sie werden durch die Leistungen der BDAG befähigt, zielgerichteter und den persönlichen Fähigkeiten entsprechender über die weitere Laufbahn zu entscheiden und autonomer zu handeln. Damit optimieren sie eigene Investitionen in die persönliche Zukunft und leisten einen Beitrag zur Optimierung öffentlicher Investitionen in Bildung, Arbeitsmarkt und soziale Sicherung.

Chancengerechtigkeit, Autonomie und soziale Integration.

- Die Gesellschaft braucht sozial und beruflich integrierte Menschen, die über genügend eigene Ressourcen für ein selbständig gestaltetes Leben verfügen.
- Die Wirtschaft braucht Menschen mit adäquater Ausbildung und Persönlichkeit.
- Die nationale Bildungspolitik hat sich auf diesen Bedarf auszurichten und den chancengerechten Zugang zu allen Bildungsangeboten sicherzustellen.

Die Schweiz braucht

1. ein Bildungsdepartement auf Bundesebene,
2. eine griffige und aufeinander abgestimmte nationale Gesetzgebung zu allen Bildungsstufen,
3. einen radikalen Abbau der Kantonshoheiten im Bildungsbereich,
4. mehr Gesamtsicht, weniger institutionengetriebenes Denken und Handeln sowie
5. national koordinierte Unterstützungsangebote (Information, Beratung, Ausbildungsfinanzierung) zur Realisierung individueller Aus- und Weiterbildungsvorhaben und zur Optimierung finanzieller Investitionen in Bildung und Gesellschaft.

Thomas Eichenberger, Geschäftsführer

Geschäftsleitung

Beratungsdienste für
Ausbildung und Beruf
Aargau

Herzogstrasse 1
5000 Aarau
Telefon 062 832 64 00

leitung@bdag.ch
www.beratungsdienste-aargau.ch

Zur Qualifikation der Berufsmaturitäts-Lehrkräfte

In unserer Zeit dominiert im Bereich der Bildung auf Sekundarstufe II nach wie vor ein strikt dichotomisches Denken: Auf der einen Seite wird diffus vor einer Akademisierung der Berufsbildung gewarnt. Ein wichtiger Akteur in der Berufsbildung, selber promoviert, erachtet gar die Akademisierung der Berufsfachschullehrpersonen-Ausbildung als eine Gefahr für die praxisorientierte Berufsbildung. Auf der anderen Seite ignorieren Exponenten der akademischen Welt die ökonomische, sozial- und bildungspolitische Bedeutung der Berufsbildung und fordern einen möglichst schnellen Paradigmawechsel in der schweizerischen Bildungspolitik: weg mit der verkrusteten dualen Berufsbildung, Erhöhung der Maturitätsquote auf mindestens 70 %.

Im Zentrum dieses unseligen Grabenkampfes steht u.a. die Berufsmaturität und besonders die Frage der Qualifikation der Berufsmaturitätslehrpersonen. Auch dieser Diskurs wird bestimmt durch die Schrebergärtnermentalität: Beide Seiten wenden neben der Pflege des eigenen Gärtchens viel Zeit auf für die Abgrenzung zum Nachbarn mit möglichst hohen, dichtbelaubten Hecken.

Für die eine Seite steht das mittlerweile schon berüchtigte Aide-memoire X der Eidgenössischen Berufsmaturitätskommission. Nach ihm müssen BM-Lehrpersonen über einen Master- oder einen Lizentiats-Abschluss in dem von ihnen unterrichteten Fach verfügen, was bedeutet, dass zum Beispiel in der BM technischer Richtung nur Mathematiker Mathematik, Physiker Physik usw. unterrichten können. Dazu kommen noch die stufengerechte pädagogische und fachdidaktische Ausbildung, die berufspädagogische Zusatzqualifikation und eine obligatorische Weiterbildung in Interdisziplinarität. Hier wird also bedeutend mehr verlangt als für Gymnasiallehrkräfte. Damit laufen die BM-Schulen Gefahr zu Durchlaufstationen für angehende Gymnasiallehrpersonen zu werden. Sobald diese Lehrerinnen und Lehrer die Qualifikation für den Unterricht an Gymnasien erfüllen, verlassen sie die BM, wo sie in der Regel mehr Pflichtlektionen haben, weniger verdienen und sich noch weitere Qualifikationen erwerben müssen.

Im anderen Gärtchen findet ein regelrechtes „race to the bottom“ statt. Besonders Fachhochschulen und viele Vertreter von Berufsfachschulen finden, für BM-Lehrpersonen reiche ein Bachelor-Abschluss und eine Lehrerqualifikation für den Berufskundeunterricht. Verstärkt wird diese Niveausenkung noch durch die jüngst vom BBT lancierte Kampagne zur Anerkennung nicht formal erworbener (praktischer) Bildungsleistungen. Danach wird wohl in nicht allzu ferner Zukunft eine 50-jährige Person, die nachweislich 30 Jahre lang regelmässig eine Fachzeitschrift gelesen (fachliche Bildungsleistung) und alleinerziehend drei Kinder grossgezogen hat (pädagogische Bildungsleistung) ohne weitere Auflagen an einer BMS unterrichten können.

Claudio Caduff, lic. phil., Lehrperson BBB Berufsmaturität, Dozent für Fachdidaktik am ZHSF

Die Schweiz braucht

- 1. nationale Vorgaben zu Anstellungsanforderungen und Anstellungsbedingungen für Lehrpersonen auf der Sekundarstufe I und der Sekundarstufe II, die Gerechtigkeit schaffen bei gleichwertigen aber andersartigen Bildungsstufen.**
- 2. einen nationalen Effort für eine hervorragende Lehrpersonenbildung (Aus- und Weiterbildung). Es braucht Fachleute, die in der Praxis aufzeigen können, wie erfolgreich unterrichtet werden kann und welche Forschungsergebnisse im Unterricht wie umgesetzt werden können.**

Rudolf Siegrist, Rektor BBB